

- Plenarsitzung in Prag
- Innovative Legal Services Forum
- Young Lawyers Contest
- Vorschlag der Kommission für eine Richtlinie zum Schutz von Personen, die Verstöße gegen das Unionsrecht melden
- Bürger und Rechtsstaat
- European Lawyers Foundation
- CCBE-Stellungnahme zum Vorschlag für eine Richtlinie über Verbandsklagen
- Kurzmeldungen



Plenarsitzung in Prag

PLENARSITZUNG IN PRAG

Am 18. Mai 2018 fand in Prag die 129. Plenarsitzung des CCBE statt. CCBE-Präsident Antonín Mokrý eröffnete die Sitzung im historischen Nationalhaus im Prager Stadtteil Vinohrady und moderierte die Diskussion zu Themen wie Migration, Berufsrecht, die Zukunft der Anwaltschaft und die Europäische Konvention über den Beruf des Rechtsanwalts.

An der Sitzung nahmen auch eine Reihe von Ehrengästen teil, darunter der Präsident der International Bar Association Martin Šolc, der Präsident der International Association of Young Lawyers Wiebe de Vries und Michal Bobek, Generalanwalt am Europäischen Gerichtshof.

Folgende Texte wurden von der Vollversammlung verabschiedet:

- [Kommentar zu den Grundsätzen und Regeln der CCBE - Charta der Grundsätze der Europäischen Rechtsanwaltschaft, den Berufsregeln für Europäische Rechtsanwälte und dem Model Code of Conduct ;](#)
- [Gemeinsame Erklärung des CCBE und des FBE zur Rechtsstaatlichkeit und dem Grundsatz der gegenseitigen Anerkennung ;](#)
- [Vorläufige Anmerkungen des CCBE zu dem Vorschlag für eine Richtlinie über Verbandsklagen zum Schutz der Kollektivinteressen der Verbraucher und zur Aufhebung der Richtlinie 2009/22/EG.](#)

INNOVATIVE LEGAL SERVICES FORUM

Am 17. Mai 2018 hat der CCBE im Rahmen des Innovative Legal Services Forum 2018 eine Podiumsdiskussion mit dem Titel "Die Zukunft der Anwaltschaft" organisiert.

Das ILSF konzentriert sich auf drei Bereiche: Legal Tech, Business und Perspektiven für MOEL. Das Forum konnte mit einigen der renommiertesten Experten auf diesen Gebieten, wie Catherine Bamford, Andrew Arruda und Nilema Bhakta aufwarten. Daneben nahmen Partner zahlreicher Großkanzleien, Leiter der Rechtsabteilungen verschiedener Unternehmen sowie Vorreiter auf dem Gebiet der Legal Innovation teil und teilten ihre Erfahrungen anhand von Fallstudien sowie ihre profunden Kenntnisse des Rechtsdienstleistungsmarktes mit den über hundert Konferenzteilnehmern.

Unter Leitung des CCBE-Repräsentanten Martin Maisner diskutierten vom CCBE außerdem Thierry Wickers, Bertrand Debosque, Péter Homoki und Simone Cuomo mit am runden Tisch. Den Schwerpunkt der Debatte bildeten Themen wie die Risiken und Chancen von Cybersecurity für die Anwaltschaft, die Erwartungen der neuen Generation von Mandanten, der sog. „Millennials“, die Nutzung von Plattformen und berufsrechtliche Fragen sowie die Integration der Anwaltskanzlei in die E-Justiz von morgen.



CCBE-Diskussionsrunde über die Zukunft der Anwaltschaft. Von links nach rechts: Simone Cuomo, Martin Maisner, Thierry Wickers, Bertrand Debosque, und Péter Homoki.

YOUNG LAWYERS CONTEST

Der CCBE hat die Europäische Rechtsakademie (ERA) bei der Organisation eines Young Lawyers Contest unterstützt, der die Bedeutung des europäischen Rechts für angehende Rechtsanwälte beleuchten soll. Der CCBE hält den Wettbewerb für eine hervorragende Gelegenheit für die angehenden Mitglieder der nationalen und regionalen Anwaltskammern, die sich mit der Funktionsweise des europäischen Rechts vertraut machen möchten.

Der Wettbewerb besteht aus drei Runden, in denen transnational aufgestellte Teams ihre anwaltlichen Fähigkeiten vor führenden europäischen Rechtsanwälten in Bereichen wie Wirtschaftsrecht, Strafrecht und Menschenrechte unter Beweis stellen sollen. Der CCBE wollte die ERA aber nicht nur organisatorisch unterstützen, sondern auch Expertise beisteuern. Vor diesem Hintergrund werden nun der zweite Vizepräsident Ranko Pelicarić und die dritte Vizepräsidentin Dr. Margarete Gräfin von Galen als Mitglieder der Jury mitwirken.

Der Wettbewerb findet am 6. und 7. September 2018 in Trier statt.

Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

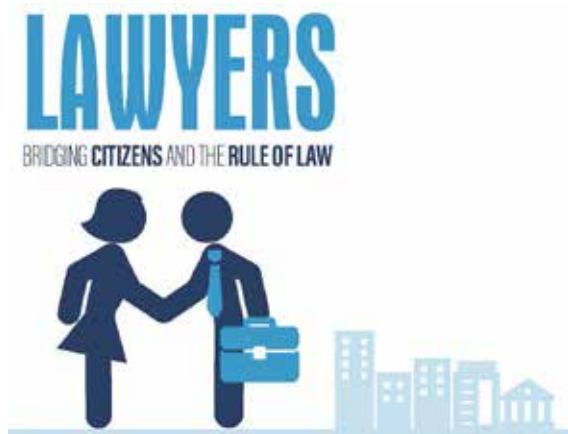


VORSCHLAG DER KOMMISSION FÜR EINE RICHTLINIE ZUM SCHUTZ VON PERSONEN, DIE VERSTÖSSE GEGEN DAS UNIONSRECHT MELDEN

Die Europäische Kommission hat am 23. April 2018 eine [Richtlinie](#) zur Stärkung des Schutzes von Personen vorgeschlagen, die Verstöße gegen das Unionsrecht melden. Der CCBE hat im vergangenen Jahr ein [Positionspapier zum Schutz von Hinweisgebern](#) vorgelegt, in dem verdeutlicht wurde, wie wichtig das Berufsgeheimnis ist, wenn über neue Gesetzgebung im Bereich Weitergabe von Informationen nachgedacht wird. Der CCBE-Ausschuss „Deontologie“ verfolgt die Entwicklung des Vorschlags mit größter Aufmerksamkeit.

Der CCBE hat des Weiteren am 3. Mai 2018 an einem Workshop des EP zum Thema Schutz von Hinweisgebern teilgenommen. Gastgeber war die Abgeordnete Virginie Rozière mit Unterstützung der International Bar Association.

BÜRGER UND RECHTSSTAAT



Als Vertreter der gemeinsamen Interessen der Anwaltschaften Europas bei den europäischen und internationalen Institutionen geht es dem CCBE um die Mitgestaltung der Berufsregeln, der Verteidigung des Rechtsstaates, der Menschenrechte und demokratischer Werte. Vor diesem Hintergrund hat der CCBE kürzlich die Produktion eines Videos abgeschlossen, in dem der Mehrwert von Anwälten und Anwaltsvereinigungen für die Gesellschaft herausgestellt werden soll.

Das Video „Bridging the citizens and the rule of law“ gibt es in drei Sprachen – Englisch, Französisch und Spanisch – und mit Untertiteln in acht Sprachen.

Unsere Videos sind [hier](#) abrufbar, oder [hier](#) über den CCBE YouTube – Kanal .

EUROPEAN LAWYERS FOUNDATION



Die Europäische Kommission und die bulgarische Ratspräsidentschaft der EU waren die Organisatoren einer Konferenz über „Die Zukunft der E-Justiz in der EU und der Einsatz neuer Technologien im Dienst der Justiz“, die am 14.-15. Mai 2018 in Sofia stattfand. Diskutiert wurden aktuelle Themen wie Künstliche Intelligenz, die Entwicklung einer E-Justiz-Strategie und eines Aktionsplans für das E-Recht. Daneben ging es auch um praktische Maßnahmen zur Verbesserung der Zusammenarbeit mit Drittländern und Dienstleistern und um den Austausch von elektronischen Beweismitteln. Für die European Lawyers Foundation nahm Alonso Pinzón an einer Arbeitssitzung zum Thema e-Codex teil und referierte zu Möglichkeiten für den Einsatz von e-Codex für Anwälte im Familienrecht. Dabei ging es hauptsächlich um die Art und Weise, wie die Verfahren nach Brüssel IIa von der e-Codex - Infrastruktur profitieren könnten, zum Beispiel bei der elektronischen Anerkennung von Scheidungsurteilen in einem anderen Mitgliedstaat als dem, in dem das Gericht das Urteil verkündet hat.

Foto der European Lawyers Foundation

CCBE-STELLUNGNAHME ZUM VORSCHLAG FÜR EINE RICHTLINIE ÜBER VERBANDSKLAGEN

Der CCBE hat am 18. Mai 2018 eine Reihe von [vorläufigen Anmerkungen](#) zu dem [Kommissionsvorschlag](#) für eine Richtlinie über Verbandsklagen zum Schutz der Kollektivinteressen der Verbraucher vorgelegt.

Auslöser für die Reaktion des CCBE war in erster Linie die Pressemitteilung der Kommission zu dem Richtlinienvorschlag, in der angeregt wurde, dass Anwaltskanzleien keine Verbandsklagen anstrengen sollten, um „dem Risiko missbräuchlicher oder unbegründeter Klagen“ entgegenzuwirken. Diese Aussage erzeugt eindeutig ein falsches Bild von der Rolle des Rechtsanwalts. Qualifizierte Einrichtungen oder Gruppen von Verbrauchern brauchen natürlich die Beratung und Unterstützung eines Rechtsanwalts, um eine Klage vorbereiten und einreichen zu können. Die Anwaltschaft ist der maßgebliche Verteidiger von Verbraucher- und Bürgerrechten. Die Mitwirkung des Anwalts dient dem Rechtsstaat und stärkt den Zugang zur Justiz.

Der CCBE konzentriert sich daher in seinen Anmerkungen vor allem darauf, dass nach dem Kommissionsvorschlag die Möglichkeit, Verbandsklagen zum Schutz der Kollektivinteressen der Verbraucher zu initiieren, den qualifizierten Einrichtungen vorbehalten ist. Nach Auffassung des CCBE gibt es andere und weniger restriktive Mechanismen zur Verhinderung unangemessener, artifizierlicher und schikanöser Klagen, wie die Einführung des Verlierer-zahlt-Prinzips oder ein für die qualifizierten Einrichtungen bzw. die Anwälte geltendes Verbot des Rechts auf einen Anteil an dem, was im Verfahren erstritten wurde. Darüber hinaus bereitet das Monopol, das qualifizierten Einrichtungen eingeräumt wird, Schwierigkeiten, z. B. bei Abwesenheit oder Untätigkeit qualifizierter Einrichtungen, bei Interessenkonflikten, Verweigerung oder Behinderung qualifizierter Einrichtungen.

Außerdem widerspricht der CCBE der Entscheidung der Kommission (im Gegensatz zu ihren früheren Empfehlungen), anstelle eines Opt-in-Verfahrens ein Opt-out-Verfahren einzuführen. Da der kollektive Rechtsschutz auf individuellen Ansprüchen beruht, ist das Opt-in-Prinzip, wonach die natürlichen oder juristischen Personen, die einer Klage beitreten, dies nur auf Grundlage ihrer ausdrücklichen Zustimmung tun sollten, die einzige Möglichkeit, die Freiheit jedes einzelnen Verbrauchers, individuell entscheiden zu können, ob er die Klage selbstbestimmt und aktiv verfolgen möchte oder nicht, angemessen achten und garantieren zu können.

Der CCBE wird den Vorschlag weiter prüfen und zu gegebener Zeit ein detaillierteres Positionspapier vorlegen.

KURZMELDUNGEN

- ▷ Der zweite Artikel unserer neuen Serie über europäische Rechtsanwälte, die sich in herausragender Weise um die Verteidigung der Grundrechte verdient gemacht haben, erscheint in unserer nächsten Ausgabe.
- ▷ Am 28. Juni 2018 findet im EP in Brüssel ein von der Europaabgeordneten Birgit Sippel ausgerichteter Runder Tisch statt. Im Mittelpunkt steht der am 17. April 2018 veröffentlichte Vorschlag der Europäischen Kommission zu [elektronischen Beweismitteln in Strafverfahren](#).

VERANSTALTUNGSHINWEISE

29.06.2018	CCBE Ständiger Ausschuss - Brüssel
14.09.2018	CCBE Ständiger Ausschuss - Brüssel
19.10.2018	CCBE Ständiger Ausschuss - Brüssel
29.11.2018	CCBE - Plenarsitzung – Lille
30.11.2018	CCBE - Konferenz : Artificial Intelligence / Humane Justice – Lille